

Im Schatten Moskaus: Die ungarisch-chinesischen Handelsbeziehungen während des Kalten Krieges

Am 31. Mai 1949, zwei Wochen nach dem Wahlsieg der Partei der Ungarischen Werktätigen (MDP, *Magyar Dolgozók Pártja*), schlug der ungarische Botschafter in Moskau, Erik Molnár, dem Außenministerium in Budapest vor, über Moskau für eine zwei- bis dreiköpfige Delegation Visa für eine Reise in das Freie China zu beantragen, um Handelsbeziehungen anzubahnen.¹ Die ungarische Regierung unterstützte diese Initiative. Als jedoch die Genehmigung des sowjetischen Außenministeriums Mitte August immer noch nicht eingetroffen war,² nahm das ungarische Außenministerium bei den Weltfestspielen der Jugend und Studenten in Budapest Verhandlungen mit dem Leiter der chinesischen Delegation, General Xiao Hua, auf. Dieser versprach, die zuständigen chinesischen Stellen von den ungarischen Absichten zu unterrichten.³ Am 4. September 1949 verließ László Házy, Staatssekretär des Außenhandelsministeriums, in einem Schreiben an die Außenhandelsbehörde des Freien China seiner Hoffnung Ausdruck, dass »sich im Ergebnis dieser ersten Schritte stabile und entwicklungsfähige Wirtschaftsbeziehungen zwischen unseren Ländern entwickeln können.«⁴ Die beiden Völker verbinde, dass sie »einem gemeinsamen Ziel, dem Sozialismus, entgegenstrebten.«⁵ Letztlich kam es vor Aufnahme offizieller diplomatischer Beziehungen zu keiner Reise. Nach der Gründung der Volksrepublik China am 1. Oktober 1949 nahm Ungarn ähnlich wie die anderen sozialistischen Staaten Osteuropas innerhalb weniger Tage diplomatische Beziehungen mit dem neuen Staat auf, wobei man allerdings darauf bedacht war, dass dies erst geschah, nachdem die Sowjetunion offizielle Kontakte geknüpft hatte.

Die Vorgeschichte der diplomatischen Beziehungen zwischen Ungarn und China verdeutlicht beispielhaft, dass der außen- und wirtschaftspolitische Bewegungsspielraum der osteuropäischen Länder, die im Ergebnis des Zweiten Weltkriegs Teil der sowjeti-

- 1 Außenministerium, Politische Hauptabteilung, Aufzeichnung von Pál Félix. Budapest, 31. Mai 1949. Magyar Nemzeti Levéltár Országos Levéltára/Landesarchiv des Ungarischen Nationalarchivs (im Folgenden: MNL, OL) XIX-J-1-j-Kína 26. t. – 125 – 1949. »Freies China« steht für die Zeit vor der Gründung der Volksrepublik China, für die befreiten – kommunistisch besetzten – Gebiete Chinas.
- 2 Bericht von Botschafter Erik Molnár: Die Aufnahme von Beziehungen mit dem Freien China. Moskau, 15. August 1949. MNL, OL XIX-J-1-j Kína 26. t. – 498 – 1949.
- 3 Aufzeichnung des ungarischen Außenministeriums. Budapest, 1. September 1949. MNL, OL XIX-J-1-j Kína 26. t. – 498 – 1949.
- 4 Die deutschen Fassungen der Zitate aus Archivmaterialien wurden vom Übersetzer des Artikels erstellt.
- 5 Schreiben des Staatssekretärs für Außenhandel László Házy an die Außenhandelsbehörde des Freien China. Budapest, 3. September 1949. MNL, OL XIX-J-1-j-Kína 26 t. – 566 – 1949.

schen Interessensphäre geworden und in den Jahren 1948 und 1949 nach sowjetischem Muster umgestaltet worden waren, von der Moskauer Führung bestimmt wurde. Die politische Abhängigkeit vom Zentrum des Reiches, die sich vor allem in außen- und militärpolitischer Hinsicht wirksam niederschlug, aber auch die möglichen Aktivitäten in Wirtschaft und Handel beeinflusste, war bis 1949 voll ausgebildet worden. Während Ungarn – ähnlich wie die anderen sozialistischen Länder – China, das den Weg zum Aufbau des Sozialismus und den Bund mit der Sowjetunion von sich aus gewählt hatte, von Anfang an als Land der unbegrenzten Möglichkeiten betrachtete, blieb das Niveau der bilateralen Beziehungen dennoch durchgängig weit hinter den Erwartungen Budapests zurück. Worauf war das zurückzuführen? Welchen Einfluss hatten die Entwicklung des sowjetisch-chinesischen Verhältnisses und die sowjetischen Kontrollbestrebungen auf die Möglichkeiten, die die bilateralen Handelskontakte boten, insbesondere auch auf Umfang und Zusammensetzung des Warenverkehrs? Und inwieweit war die ungarische Wirtschaftspolitik in der Lage, die genuin ungarischen Interessen zur Geltung zu bringen? Mit der vorliegenden Studie werden in Ermangelung chinesischer Archivmaterialien vor allem gestützt auf Quellen des ungarischen Außenministeriums und der Partei Antworten auf diese Fragen gesucht.

I. Der Handel im Jahrzehnt des Bruderbunds

In den Jahrzehnten des Kalten Krieges wurden die Beziehungen zwischen der VR China und den Ländern des sowjetischen Blocks – und so auch die ungarisch-chinesischen Beziehungen – im Wesentlichen durch das Verhältnis zwischen Moskau und Peking bestimmt. In den ersten Jahren ihres Bestehens war die VR China auf die Unterstützung durch die Sowjetunion angewiesen und verfolgte deshalb die politische Linie, die Übereinstimmung der eigenen nationalen Interessen mit den Interessen der sozialistischen Staatengemeinschaft zu postulieren. Die Führung in Peking ging davon aus, dass sie ihre eigenen politischen und wirtschaftlichen Ziele, die teils auch im Gegensatz zu denen der Sowjetunion standen, am besten unter dem sowjetischen Schutzschild würde verwirklichen können. Folglich akzeptierte sie das Prinzip des proletarischen Internationalismus und hob die Bedeutung des Zusammenhalts hervor.

Der chinesische Außenhandel beschränkte sich in den 1950er-Jahren überwiegend auf die Sowjetunion und die volksdemokratischen Länder. Die Handelsverbindungen zwischen den sozialistischen Planwirtschaften basierten auf dem Tauschhandel. Der Rahmen dafür wurde durch bilaterale Handelsabkommen mit einer Laufdauer von mehreren Jahren festgelegt, über die jährlich neu verhandelt wurde, damit die zuständigen Regierungsstellen den Umfang und die Zusammensetzung des Warenaustauschs an die Veränderungen in der Produktion und im politischen Umfeld anpassen konnten. Der in den Jahresvereinbarungen festgesetzte Warenverkehr wurde schließlich über Verträge zwischen den Außenhandelsunternehmen realisiert, die Abrechnung erfolgte durch Rubel-Clearing. Die Zusammenarbeit war von Solidarität geprägt: Die Preise waren für beide Seiten akzeptabel, die Kreditzinsen betrugen nie mehr als ein bis zwei Prozent und

die sozialistischen Partner nutzten selbst starke Verhandlungspositionen nicht zum eigenen Vorteil.⁶

In diesem Beziehungssystem erfüllten die ostmitteleuropäischen sozialistischen Staaten aus der Sicht Chinas vor allem eine bestimmte politische Funktion: Indem die Führung in Peking die Beziehungen zu ihnen pflegte, konnte sie Moskau gegenüber ihr Eintreten für die Einheit des sozialistischen Lagers demonstrieren und die internationale Anerkennung sowie die sozialistische Identität ihres Landes voranbringen. Die als »Freunde« oder »Brüder« titulierten sozialistischen Länder unterstützten den Aufbau des Sozialismus im Rahmen ihrer Möglichkeiten und Gegebenheiten. Nach Angaben der CIA entfielen 1955 73,9 Prozent des chinesischen Außenhandels auf die Sowjetunion.⁷ Obwohl sich alle Beteiligten auf die Entwicklung der Schwerindustrie konzentrierten, ergab sich doch eine Art Arbeitsteilung. Das industriell außerordentlich zurückgebliebene, jedoch rohstoffreiche China führte Produktionsmittel ausschließlich aus dem sowjetischen Block ein. Auch bei der Entwicklung der chinesischen Wirtschaft spielten die Tschechoslowakei, die DDR und Polen mit ihrer weiter entwickelten Schwerindustrie eine wichtige Rolle.

Die Zusammensetzung der ungarischen Ausfuhren ähnelte jener der Länder mit stärker entwickelter Schwerindustrie. Der Anteil entsprechender Erzeugnisse – Maschinen, Fahrzeuge, Werkzeuge – erreichte bereits 1953 einen Anteil von 75 Prozent.⁸ Auch die chinesischen Ausfuhren nach Ungarn unterschieden sich kaum von jenen in andere sozialistische Länder. China lieferte vor allem Konsumgüter, Agrarprodukte und Erzeugnisse der Grundstoffindustrie – Fleischkonserven, Wollstoffe, Seide und Strickwaren –, außerdem einige Waren, die andernfalls gegen Devisen auf den Märkten kapitalistischer Länder hätten beschafft werden müssen.

Ungarn gelang es allerdings nicht, den Bruderbund mit der VR China in einen handelspolitischen/kommerziellen Vorteil zu verwandeln. Die ungarischen Unternehmen waren bemüht, vor allem Lagererzeugnisse und von anderen Auftraggebern bestellte Produkte, die sich im Ausland als unverkäuflich erwiesen hatten, nach China zu liefern. Diese Art Handel löste jedoch keine Begeisterung bei den Chinesen aus. Sie waren mit der Qualität der ungarischen Waren nicht zufrieden, außerdem störten sie sich an der

6 Siehe z. B. den jährlichen Bericht des ungarischen Botschafters in Peking, Emánuel Safrankó, Peking, 29. Januar 1951. MNL, OL XIX-J-1-j-Kína 47. t. 028286-1950. Ein Beispiel für die günstigen Kreditbedingungen: 1957 gewährte die VR China Ungarn einen Kredit im Wert von 100 Mio. Rubel mit einem jährlichen Zinssatz von zwei Prozent, der innerhalb von zehn Jahren mit einer dreijährigen Nachfrist an die chinesische Regierung zurückzuzahlen war. Die Kreditvereinbarung zwischen Ungarn und der VR China wurde am 13. Mai 1957 unterzeichnet. Siehe »Abkommen zwischen der Volksrepublik Ungarn und der Volksrepublik China über die von der Volksrepublik China der Volksrepublik Ungarn gewährten Kredite«. MNL, OL XIX-J-1-j-Kína-23/b-003184-1957.

7 Siehe *Economic Relations of Communist China with the USSR since 1950*, Central Intelligence Agency Office of Research and Reports, CIA/RR 39-16 May 1959, S. 6, www.cia.gov/library/readingroom/docs/DOC_0000313442.pdf (ges. am 3. 10. 2019).

8 Zusammenfassender Jahresbericht von Botschafter Emánuel Safrankó für 1953. MNL, OL XIX-J-1-j-Kína 27. t. – 00311-1954.

Unpünktlichkeit der Lieferungen. Der ungarische Botschafter in Peking machte bereits in seinem Jahresbericht für 1951 darauf aufmerksam, dass es »von entscheidender Bedeutung« sei, die Vertragsbedingungen vollständig zu erfüllen, wenn die beiderseitigen Kontakte vertieft werden sollten. Dabei hob er insbesondere hervor, dass Lieferfristen eingehalten und Waren in der jeweils zugesagten Qualität geliefert werden müssten, denn, so hob er hervor: »Es gibt sehr viele Reklamationen.«⁹ Der Entwicklung der Handelsbeziehungen stand auf ungarischer Seite außerdem im Wege, dass man praktisch nie in der Lage war, die vereinbarten Mengen zu liefern. Bereits 1952 war das Land im Rückstand, 1953 konnte Ungarn die Vereinbarungen nur zu 73 Prozent erfüllen.¹⁰ Im Sommer 1956 kam die chinesische Führung nach Auffassung der ungarischen Botschaft in Peking zu dem Schluss, dass die wirtschaftlichen Beziehungen mit Ungarn »China kaum Perspektiven bieten«.¹¹

Da es unter den sozialistischen Ländern im Bereich des Außenhandels in den 1950er-Jahren keinerlei Abstimmung gab, wurde die Entwicklung des bilateralen Handels weiter dadurch erschwert, dass diese Länder auf dem chinesischen Markt nicht als kooperierende Partner, sondern vielmehr als Wettbewerber auftraten. Treffend illustriert wird die Lage in einem Brief eines in China tätigen ungarischen Sachverständigen aus dem Jahre 1957, in dem er über die Tätigkeit des für die bilateralen Handelskontakte zuständigen Mitarbeiters der Botschaft Folgendes schreibt: »Wenn wir aus den chinesischen Zeitungen erfahren, dass die Delegation irgendeines Staates Peking besucht, ist es seine Aufgabe, sich mit dem entsprechenden Ministerium, meistens dem chinesischen Außenhandelsministerium, in Verbindung zu setzen und das Ziel der Delegation in Erfahrung zu bringen. Wenn möglich unterbreiten wir den chinesischen Genossen dann ein Gegenangebot. Mit dieser Methode hatten wir schon mehrfach Erfolg, und wir wollen sie auch weiterhin anwenden.«¹² Auf Dauer konnte dieses Vorgehen jedoch nicht erfolgreich sein. Bereits zu Beginn der 1950er-Jahre wurde deutlich, dass die Nachfrage nach Produkten aus der Tschechoslowakei, der DDR und Polen, die über eine bedeutende industrielle Basis verfügten, in China größer war als die nach ungarischen oder bulgarischen Exporten. Die Tschechoslowakei und die DDR unterstützten China bei der Errichtung von Kraftwerken, Zementfabriken und Zuckerverarbeitungsbetrieben, auch die tschechoslowakischen Waffenexporte hatten einen bedeutenden Umfang. Ungarn tätigte lediglich eine einzige größere Investition: 1956 schenkte es China eine vollständige Maschinen-Traktoren-Station.¹³

9 Zusammenfassender Bericht von Botschafter Emánuel Safrankó für das Jahr 1951. MNL, OL XIX-J-1-j-Kína – 27 – 00875-1952.

10 Zusammenfassender Bericht von Botschafter Emánuel Safrankó für das Jahr 1953. MNL, OL XIX-J-1-j-Kína 27. t. – 00311-1954.

11 Bericht von József Száll: »Einige Erscheinungen in der chinesischen Außenpolitik«. Peking, 16. August 1956. MNL, OL XIX-J-1-j-Kína – 006707 – 1956.

12 Brief des Geophysikers Árpád Horváth an die Abteilung für auswärtige Beziehungen der zentralen Führung der Ungarischen Sozialistischen Arbeiterpartei (Magyar Szocialista Munkáspárt, MSZMP). Budapest, 20. Dezember 1957. MNL, OL M-KS 288. f. 32. cs. 5. ő. e. 1957.

13 Protokoll der Sitzung des Politbüros der MDP vom 10. März 1955. Bericht und Beschlussvorlage von András Hegedüs. Budapest, 23. Februar 1955. MNL, OL M-KS-276 f. 53/276. f. 53. cs. 221. ő.e.

II. Die Auswirkungen des sino-sowjetischen Bruchs auf die Beziehungen zwischen den osteuropäischen Ländern und China

Das langfristige Ziel der chinesischen Führung bestand darin, die regionale Führungsrolle des Landes wiederzuerlangen und zu einer weltweiten auszubauen. Zur Zeit der sowjetisch-chinesischen Zerwürfnisse versuchte China die Chancen, die die Entwicklung der bilateralen Beziehungen bot, für sich auszunutzen, indem es die sowjetischen Satellitenstaaten auf seine Seite zu ziehen suchte. China war für die sozialistischen Länder Europas aufgrund seiner Größe und seiner historischen Traditionen bereits eine Quelle der Vielfalt, als die Führung in Peking noch erklärte, dass die internationale kommunistische Bewegung nur ein Zentrum haben könne, und zwar die Sowjetunion. Als jedoch zu Beginn der 1960er-Jahre der ideologisch verbrämte Machtkampf zwischen Moskau und Peking offenkundig wurde, erweiterte sich auch der internationale Handlungsspielraum der sozialistischen Staaten. Albanien brach 1961 mit der Sowjetunion und ihren Verbündeten und stellte sich auf die Seite Chinas. Rumänien blieb zwar Mitglied im Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW), betonte ab 1965 jedoch außenpolitisch seinen eigenen Standpunkt und seine Unabhängigkeit. Den Rahmen für die Zusammenarbeit zwischen China und Jugoslawien, das sich bereits in den 1940er-Jahre von der Sowjetunion losgesagt hatte, bildete die Bewegung der Blockfreien Staaten. Die Bemühungen Chinas, auch Bulgarien, die Tschechoslowakei, Polen, Ungarn und die DDR für sich zu gewinnen, waren aufgrund der geopolitischen Lage jedoch nicht von Erfolg gekrönt. Diese fünf Länder konnten sich nicht nur nicht gegen die Sowjetunion wenden, sie konnten es sich infolge der engmaschigen Überwachung auch kaum leisten, der Sowjetunion in der China-Frage durchgängig ihre Unterstützung zu versagen.

Da China mit seinen Aktivitäten die Führungsrolle der Sowjetunion in der internationalen kommunistischen Bewegung grundsätzlich infrage stellte und herausforderte, erwartete Moskau von den Satellitenstaaten uneingeschränkte Loyalität. Die wirksamste Methode gegen Schritte, die sich eventuell nachteilig für die sowjetische Position erweisen könnten, schien die enge Abstimmung der einzelnen Staaten hinsichtlich ihrer China-Politik zu sein. Somit war China nicht nur ein ständiges Thema bei den Treffen der obersten Parteiführer auf der Krim, sondern auch bei den von 1967 bis Mitte der 1980er-Jahre jährlich abgehaltenen Interkit-Beratungen der Leiter der Internationalen Abteilungen der Zentralkomitees der Bruderparteien,¹⁴ bei den alle zwei Wochen statt-

14 Zu den Interkit-Beratungen siehe James G. Hershberg u. a.: *The Interkit Story: A Window into the Final Decades of the Sino-Soviet Relationship* (= Woodrow Wilson International Center for Scholars, Cold War International History Project, Working Paper Nr. 63), Washington, D.C. 2011. »Interkit-Beratungen«, eine in der sozialistischen Welt nie genau definierte Formulierung, aber weit verbreitet, steht für eine Reihe von Treffen von Vertretern der Internationalen Abteilungen (dem höchsten außenpolitischen Organ im Zentralkomitee) von sieben Bruderparteien aus sozialistischen Ländern (Bulgarien, Tschechoslowakei, Ostdeutschland, Ungarn, Mongolei, Polen und der UdSSR) zum Thema China. Darunter fiel auch der gesamte Koordinierungsprozess der China-Politik des Sowjetblocks, einschließlich der Wirtschafts- und Handelsbeziehungen (»Interkit«-Beratungen zu Wirtschaftsfragen), der kulturellen Kontakte und der China-bezogenen Forschung (»Interkit«-Treffen der Sinologen) sowie der Propaganda.

findenden Klubabenden der Botschafter und Fachdiplomaten in Peking, den Abstimmungen zwischen den Regierungsorganen und den sowjetischen Diplomaten und bei den Konferenzen von Sinologen aus anderen sozialistischen Ländern.

Die Initiative in den ungarisch-chinesischen Beziehungen ging überwiegend von China aus, während die ungarische Führung versuchte, ihre nationalen Interessen geltend zu machen, indem sie sich an der Position und den Forderungen der Sowjetunion orientierte. János Kádár beschrieb den Charakter des ungarisch-chinesischen Verhältnisses 1970 wie folgt: »Kern der Sache und maßgeblich ist, was die chinesischen Bestrebungen in Bezug auf die Sowjetunion bedeuten. Wir sind in ihren Augen nur Marionetten.«¹⁵ Kádár hielt es unter diesen Bedingungen für richtig, dass die ungarische Politik die sowjetischen und die ungarischen Interessen gleichzeitig vertrat. Unter Hinweis auf die sowjetisch-chinesischen Differenzen stellte er fest, dass das strategische Ziel der Sowjetunion und ihrer engsten Verbündeten nur darin bestehen könne, »die chinesischen Kommunisten, die Volksrepublik China wieder auf den gemeinsamen Weg zurückzuholen«. Seiner Meinung nach musste die ungarische China-Politik zwei Ziele verfolgen, um erfolgreich zu sein: »Es muss alles getan werden, was der Verwirklichung des strategischen Ziels dienlich ist, und es muss alles vermieden werden, was uns schwächt.«¹⁶

Unter diesen Bedingungen konnte die ungarische Führung nur versuchen, die zwischenstaatlichen Kontakte so weit wie möglich vor den zerstörerischen Auswirkungen der politischen Differenzen zu bewahren. Der grundsätzliche Rahmen für diese Politik wurde mit dem Beschluss des Politbüros der Ungarischen Sozialistischen Arbeiterpartei (MSZMP, *Magyar Szocialista Munkáspárt*) vom 14. September 1965 über die ungarisch-chinesischen Beziehungen geschaffen. Es sei anzustreben, »die Beziehungen zwischen unseren Ländern und insbesondere die Außenhandelsbeziehungen sowie in Teilen auch die kulturellen Beziehungen im Einklang mit der vorhandenen Bereitschaft und in angemessenem Tempo weiterzuentwickeln«. Dabei, so wurde betont, müsse die »erforderliche Geduld« aufgebracht und »wiederholt die Initiative« ergriffen werden, außerdem hätten »sämtliche ungarischen Staatsorgane besonders darauf zu achten, dass [...] die bestehenden vertraglichen Verpflichtungen wie vereinbart erfüllt werden«. Bei den konkreten Aufgaben standen »die Ausweitung der bisherigen Warenpräsentationen und Sondierungen, ob in China eine größere Industriemesse veranstaltet werden könne«,¹⁷ an erster Stelle.

Es zeigte sich jedoch, dass China einer Vertiefung der Beziehungen ablehnend gegenüberstand. Zwar veranstaltete Ungarn im Oktober 1966 – also bereits in der Phase der Kulturrevolution – noch eine »kleinere Buchmesse« in Peking – diese zählte jedoch insgesamt nur sieben Besucher.¹⁸ 1968 kam das ungarische Außenministerium zu der Ein-

15 Protokoll der Sitzung des Politbüros vom 7. April 1970. MNL, OL M-KS-288f-5/515. űe. 69–72.

16 Ebd.

17 Beschluss der Sitzung des Politbüros der MSZMP vom 14. September 1965 über die Beziehungen zwischen der Ungarischen Volksrepublik und der Volksrepublik China, der Koreanischen Volksdemokratischen Republik und der Volksrepublik Vietnam. MNL, OL M-KS_288/5/374-1965.

18 Außenministerium, Territorialabteilung IV, Referat China, Vermerk von György Újlaki und László Szabados: Die Entwicklung der Beziehungen zwischen der Ungarischen Volksrepublik und der Volksrepublik China im Jahre 1966 und die Hauptentwicklungsrichtungen der Beziehungen im Jahre 1967. Budapest, 6. Februar 1967. MNL, OL XIX-J-1-j Kína 14 001304-1967.

sicht, dass die normalen bilateralen Beziehungen zwischen den beiden Ländern praktisch zum Erliegen gekommen waren. Regelmäßige Kontakte zwischen Ungarn und China gab es praktisch nur noch in zwei Bereichen: im Außenhandel und im Rahmen des Transits der ungarischen Hilfsleistungen für Vietnam durch chinesisches Gebiet, den Peking ermöglichte.¹⁹ An der Entwicklung des bilateralen Handels sind die Entwicklungsrichtung der chinesischen Außenpolitik und die Tiefe der Beziehungen zwischen den beiden Seiten genau ablesbar. Der jährliche Warenverkehr brach 1960 und 1961 drastisch ein und stagnierte im Verlauf des Jahrzehnts bei ca. 20 Mio. Rubel.

Der ungarisch-chinesische Warenverkehr zwischen 1951 und 1970 (in Mio. Rubel)²⁰

Jahr	Ungarische Ausfuhren	Ungarische Einfuhren	Summe (Veränderung im Vergleich zum vorhergehenden Jahr)
1951	22,5	22,0	44,5
1952	18,7	22,2	40,9 (- 8,0 %)
1953	28,2	29,4	57,6 (+ 40,8 %)
1954	28,2	25,6	53,8 (- 6,6 %)
1955	28,5	24,3	52,8 (- 1,9 %)
1956	37,1	33,0	70,1 (+ 32,8 %)
1957	20,6	26,1	46,7 (- 33,4 %)
1958	42,3	37,4	79,7 (+ 70,7 %)
1959	33,3	33,9	67,2 (- 15,7 %)
1960	37,3	37,7	75 (+ 11,6 %)
1961	19,8	9,4	29,2 (- 61,1 %)
1962	10,2	13,5	23,7 (- 18,8 %)
1963	4,9	13,3	18,2 (- 23,2 %)
1964	10,7	9,8	20,5 (+ 12,6 %)
1965	10,5	9,6	20,1 (- 2 %)
1966	10,4	10	20,4 (+ 1,5 %)
1967	8,9	7,8	16,7 (- 18,1 %)
1968	9,8	8,2	18 (+ 7,8 %)
1969	9	9	18 (0 %)
1970	11,5	11,5	23 (+ 27 %)

19 Außenministerium, Territorialabteilung IV, Referat China, Vermerk von Ottó Juhász: Negative und positive Elemente in den ungarisch-chinesischen Beziehungen. Budapest, 11. Juni 1968. MNL, OL XIX-J-1-j Kína-1-001500/1-1968.

20 Auf der Grundlage schriftlicher Materialien des ungarischen Außenministeriums zusammengestellt von Péter Vámos (siehe u. a. Außenministerium, Territorialabteilung IV: Die Lage des ungarisch-chinesischen Warenaustausches, Anhang 1. Budapest, 28. Oktober 1982. MNL, OL XIX-J-1-j Kína-78-57-006148/1982).

III. Die allmähliche Öffnung Chinas und die zunehmende sowjetische Kontrolle: 1969–1978

Der August 1968 bildet einen Wendepunkt in der chinesischen Außenpolitik. Die Militärintervention des Warschauer Pakts in der Tschechoslowakei beschädigte das sowjetisch-chinesische Verhältnis vollends. Ministerpräsident Zhou Enlai bezeichnete die Sowjetunion zwei Tage nach dem Einmarsch in einer Rede bei einem Empfang aus Anlass des rumänischen Nationalfeiertags als »sozialimperialistisch«. In einer in den Wochen darauf durchgeführten landesweiten Kampagne wurde ein möglicher Angriff aus dem Norden als größte Gefahr für das Land genannt. Parallel dazu öffnete sich China den Vereinigten Staaten. Die wichtigsten Stationen dieses Annäherungsprozesses waren der Besuch von Präsident Richard Nixon in China im Jahre 1972 und die Aufnahme offizieller diplomatischer Beziehungen sieben Jahre später 1979.

China betrieb eine Politik der Spaltung und der Aufweichung der Beziehungen zwischen den sozialistischen Staaten. Zuerst sollten Zwietracht und Verunsicherung erzeugt werden, an deren Ende der Bruch zwischen der Sowjetunion und ihren Verbündeten vorgesehen war. Die Spaltungspolitik fußte in erster Linie auf dem Nationalismus und der antisowjetischen Haltung der osteuropäischen Länder. Die VR China betrachtete die Sowjetunion und ihre engsten Verbündeten nicht als sozialistische Länder, sondern als Staaten, in denen »innerhalb der Partei die opportunistische und revisionistische Linie die Oberhand gewonnen und die Revolution eine Niederlage erlitten hat«.²¹ Die Führung der Kommunistischen Partei Chinas (KPCh) schloss eine Klärung der Beziehungen zwischen den Parteien aus, war jedoch geneigt, die zwischenstaatlichen Kontakte auf der Grundlage der fünf Prinzipien der friedlichen Koexistenz – also nicht mehr auf der Basis des zwischen den sozialistischen Ländern praktizierten proletarischen Internationalismus – zu entwickeln.

Niveau und Entwicklungstempo der chinesisch-osteuropäischen Beziehungen wurden zu Beginn der 1970er-Jahre größtenteils durch Vereinbarungen geregelt. 1969 wickelte China 30 Prozent seines Außenhandels mit den osteuropäischen Ländern ab. Diese Zahl erhöhte sich im darauffolgenden Jahr um zwei Prozent. An der Spitze stand der Handel mit der DDR mit einem jährlichen Volumen von 74 Mio. Rubel, gefolgt von der Tschechoslowakei mit 54,6 Mio., Polen mit 43 Mio. und Ungarn mit 18 Mio. Rubel. 1969 war das Handelsvolumen zwischen der DDR und der VR China größer als jenes zwischen der Sowjetunion und der VR China. China unterzeichnete ein langfristiges Handelsabkommen mit der DDR, in dessen Rahmen das Land zwischen 1972 und 1975 acht Hochseeschiffe von der DDR kaufen wollte.²² Angesichts der neuen politischen

21 Außenministerium, Territorialabteilung IV, Vorlage für eine Sitzung des stellvertretenden Ministers: Die außen- und innenpolitische Lage der VR China und die ungarisch-chinesischen Beziehungen. Budapest, 4. Oktober 1971. MNL, OL XIX-J-1-j-Kína-14-00556/9-1971.

22 Außenministerium, Territorialabteilung IV, Vermerk von Iván Németh: Die außen- und innenpolitische Lage der VR China und die ungarisch-chinesischen Beziehungen. Budapest, 24. Mai 1971. MNL, OL M-KS-288.f.-32.cs.-11. ő.e., zur DDR: Meldung von Ferenc Gódor (Referent: György Réti): Die Außenpolitik der VR China in Bezug auf die sozialistischen Länder. Peking, 4. April 1971. MNL, OL XIX-J-1-j-Kína-10-001175/1-1971.

Situation regte die Pekingener Führung damals an, die Rubelabrechnung durch die Abrechnung in nationalen Währungen zu ersetzen und vom sogenannten Preisstoppsystem, bei dem die Preise von 1952 festgeschrieben worden waren, zu Weltmarktpreisen überzugehen. Aufgrund des Widerstands aller Handelspartner kam es schließlich zu einer Kompromisslösung, bei der die Clearing-Abrechnung beibehalten wurde, während man die Preise ab 1971 in Schweizer Franken angab und ab 1973/74 zu Weltmarktpreisen übergang.

Vor dem Hintergrund der veränderten Lage fasste das Politbüro der MSZMP im Mai 1970 erneut einen Beschluss über die Grundprinzipien der Beziehungen zwischen den beiden Ländern. Demzufolge war das internationale Vorgehen der chinesischen Führung »vom Streben nach Hegemonie innerhalb der kommunistischen Bewegung und der sozialistischen Gemeinschaft« gekennzeichnet, wobei »die Sowjetunion das größte Hindernis darstellt«. Deshalb konzentrierte Peking seine Angriffe auf die Sowjetunion. Auch im Hinblick auf die Zukunft war der Beschluss nicht sonderlich optimistisch. Nach Ansicht der ungarischen Parteiführung richtete sich »die chinesische Seite mutmaßlich auf kühle, korrekte, sporadische Beziehungen ein«, weshalb »die Annahme, dass die chinesische Führung ihre abtrünnige Politik kurzfristig radikal ändert, jeder Grundlage entbehrt«. Dementsprechend wird in dem Beschluss betont, dass »die chinesischen Schritte, die auf die Auflösung der Einheit der kommunistischen Bewegung abzielen und der Sache des Sozialismus schaden, auch weiterhin zu verurteilen sind«, wobei »bei unseren eigenen Schritten stets der Stand der sowjetisch-chinesischen Beziehungen abzuwägen und in enger Abstimmung mit den sowjetischen Genossen vorzugehen ist«. Die einzige Hoffnung zeigte sich darin, dass »wir in unseren zwischenstaatlichen Beziehungen eine gewisse Verbesserung erzielen können«. In dem Beschluss wird zur Weiterführung der bisherigen Politik aufgerufen, die, »gemessen an der auf chinesischer Seite zu verzeichnenden Bereitschaft und unter Berücksichtigung einer entsprechenden Kontinuität« in erster Linie »auf der Außenhandelsschiene« nach einer Weiterentwicklung der Beziehungen strebe. Die Entscheidung bestimmte die Grundlinien der ungarischen China-Politik in den 1970er-Jahren maßgeblich.²³

Um zu einer Verbesserung der Beziehungen zu gelangen, sahen beide Seiten eine Politik der kleinen Schritte als zielführend an. Als der stellvertretende Außenminister Qiao Guanhua im September 1970 seinen ungarischen Amtskollegen offiziell empfing, wiederholte er im Verlauf der Gespräche viermal, dass es zwar vorerst keine Chance für große Schritte gebe, die Bedingungen für einen schrittweisen und reellen Ausbau der bilateralen Beziehungen sich jedoch verbessert hätten, wobei es Zeit brauche, damit die beiden Seiten ihre jeweiligen Ansichten und Methoden kennenlernten.²⁴ Zu den kleinen Schritten gehörte, dass das Volumen des bilateralen Handels im Vergleich zum Vorjahr um 27 Prozent gestiegen war, dass Ministerpräsident Zhou Enlai den neuen ungarischen

23 Protokoll der Sitzung des Politbüros vom 5. Mai 1970. MNL, OL M-KS-288f-5/517. Őe. 13 f.

24 Außenministerium, Territorialabteilung IV, Referat Korea, Sándor Etre: Die Besprechung des stellvertretenden Ministers Genosse András Gyenes im chinesischen Außenministerium. Peking, 27. September 1970. MNL, OL XIX-J-1-j Kína 13-00427/19-1970.

Botschafter herzlich empfangen hatte, dass nach drei Jahren ein neuer chinesischer Botschafter nach Budapest entsandt wurde, dass die Ministerpräsidenten an den Nationalfeiertagen Grußtelegramme austauschten, dass die Nachrichtenagentur Xinhua [Neues China] einen Korrespondenten nach Budapest entsandte, dass die ungarischen Hilfsgütertransporte ungehindert nach Vietnam gelangten und dass das chinesische Rote Kreuz eine symbolische Hilfeleistung in Höhe von 500 000 CNY für ungarische Hochwasseropfer zur Verfügung stellte. Gleichzeitig zeigte Peking jedoch kein Interesse daran, den in den 1950er-Jahren entstandenen rechtlichen Rahmen der bilateralen Beziehungen zu erneuern; eine Aufnahme von Beziehungen zwischen den beiden Parteien der Länder kam ohnehin nicht infrage.

1971 nahm das Volumen des bilateralen Handels zwischen China und den fünf osteuropäischen Ländern im Vergleich zum Vorjahr um 20 bis 25 Prozent zu. Im Falle Ungarns betrug die Zunahme 23 Prozent. Der Abschluss eines langfristigen Handelsabkommens stand zwar nicht auf der Tagesordnung, aber die chinesische Seite sprach bei den ungarisch-chinesischen Verhandlungen davon, dass die Ausweitung des Handels im Interesse beider Länder liege. Die Palette der Handelswaren war für Ungarn in der Tat nutzbringend. Aus China wurden Rohstoffe (darunter seltene Metalle wie Wolfram und Quecksilber) sowie Konsumgüter (wie z. B. Gefrierfleisch und Fleischkonserven) eingeführt, die Ungarn andernfalls auf kapitalistischen Märkten hätte einkaufen müssen. Die ungarischen Ausfuhren nach China bestanden weiterhin überwiegend aus Maschinen. Der Umfang betrug ein Drittel der gesamten ungarischen Maschinenexporte in die sozialistischen Länder. Der bilaterale Handel wurde auch weiterhin auf einem Preisniveau abgewickelt, das deutlich unter den Weltmarktpreisen lag.²⁵

Da die persönlichen Kontakte 1972 weiter zunahmen, entsandte man zwei Diplomaten mit chinesischen Sprachkenntnissen an die ungarische Botschaft in Peking. Das Volumen des bilateralen Handels wuchs weiter um 13 Prozent. Beim Besuch des chinesischen Außenhandelsminister Bai Xiangguo in Ungarn machte das ungarische Außenministerium darauf aufmerksam, dass, »vertrauenswürdigen Informationen des polnischen Außenministeriums zufolge, das chinesische Außenministerium den in den sozialistischen Ländern tätigen chinesischen Diplomaten die Anweisung erteilt habe, gute Kontakte mit den zuständigen Personen zu pflegen. Wo dies möglich sei, könnten sie auch ihre antisowjetische Meinung kundtun, jedoch nur dann, wenn dies die Entwicklung der bilateralen Beziehungen nicht behindere.«²⁶ Im Zeichen der neuen Politik lies der neu ernannte chinesische Botschafter die ungarische Seite wissen, dass Peking die wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit wiederaufnehmen wolle. Die erste Sitzung der Paritätischen ungarisch-chinesischen wissenschaftlich-technischen Kommission (*Magyar–Kínai Tudományos-Technológiai Vegyes Bizottság*) fand nach sechsjähriger Pause im Mai 1972 statt. Im Mittelpunkt der Verhandlungen stand die Landwirtschaft. Die

25 Bericht des Geschäftsträgers ad interim László Bihari: Unsere Verhandlungen über den Werkzeugmaschinenexport. Peking, 8. Dezember 1970. MNL, OL XIX-J-1-j-Kína-571-001334/9-1970.

26 Chiffriertes Telegramm von Botschafter Béla Némety: Die politische Haltung Chinas gegenüber den sozialistischen Ländern. Warschau, 21. Juni 1972. MNL, OL XIX-J-1-j-Kína-10-00702-1972.

Sitzung verlief in herzlicher Atmosphäre, jedoch verhielten sich beide Seiten abwartend und achteten sehr genau darauf, keinerlei politisch sensible Themen zur Sprache zu bringen.²⁷ Auf ungarischer Seite stellte sich der Eindruck ein, dass es bald wieder möglich sei, geordnete Beziehungen aufzunehmen.

Der zunächst vielversprechend erscheinende Annäherungsprozess kam 1973 schon wieder zum Stillstand. Schuld daran war nicht in erster Linie die Ölkrise oder der Stillstand des ungarischen Reformprozesses, sondern eher ein weiteres Wellental im sowjetisch-chinesischen Verhältnis. Die Zahl der antisowjetischen Vorfälle in China nahm erneut zu, und schließlich wurde in der neuen Verfassung von 1975 die sowjetfeindliche Haltung als Schlüsselement der chinesischen Außenpolitik festgeschrieben.²⁸ Gleichzeitig zeigten die Chinesen gegenüber der China-Politik der Satellitenstaaten »Geduld« und »Verständnis« und verzichteten bei persönlichen Begegnungen darauf, politische Fragen anzusprechen. Die chinesische Haltung wird treffend durch eine Bemerkung des stellvertretenden Außenhandelsministers illustriert, der dem ungarischen Botschafter in Peking gegenüber erläuterte, dass »unser Verhältnis zwar nicht frei von Reibungen ist, die Freundschaft unserer Völker jedoch auf Traditionen zurückblickt und erstarkt. Im Rahmen der zwischenstaatlichen Beziehungen haben wir im Bereich des Außenhandels erfreuliche Ergebnisse erzielt. Unsere Handelsbeziehungen entwickeln sich, und das wird auch in Zukunft so sein.« Unter Hinweis auf die Probleme, die es bei der Erbringung der Leistungen auf ungarischer Ebene nach wie vor gebe, sagte er: »Dass einige privatrechtliche Verträge noch nicht unterzeichnet sind, hat keinen Einfluss auf das Wesentliche.«²⁹

Die anderen osteuropäischen sozialistischen Länder stießen auf eine ähnliche Haltung. Als der chinesische Handelsattaché in Sofia den tschechoslowakischen Geschäftsträger zum Abendessen empfing, »umging er einerseits sorgfältig die ideologischen Themen und erwähnte während des ganzen Gesprächs die Sowjetunion mit keinem Wort«, wobei er »andererseits bestrebt war, aufzuzeigen, dass die Beziehungen zwischen China und der Tschechoslowakei sehr gut und freundschaftlich seien« und »sich auch die Handelsbeziehungen entwickelten«. Laut der Einschätzung des tschechoslowakischen Diplomaten passte dieses Verhalten zu der chinesischen Taktik, beweisen zu wollen, dass es nur zwischen China und der Sowjetunion Differenzen und Gegensätze gebe.³⁰

Als Reaktion auf die Spaltungsversuche der Chinesen dehnten die Sowjets die engmaschige Kontrolle über ihre Satellitenstaaten auch auf den Handel aus. Als ersten

27 Sekretariat für Internationale Wirtschaftsbeziehungen, Zusammenstellung von Dr. András Csorba: Überblick über die ungarisch-chinesische wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit. Budapest, September 1976. MNL, OL XIX-J-1-j-Kína-5-005118-1976.

28 Siehe die Verfassung der Volksrepublik China (angenommen auf der Ersten Tagung des IV. Nationalen Volkskongresses am 17. Januar 1975), Präambel sowie Kapitel I, Artikel 15, www.verfassungen.net/rc/verf75.htm (ges. am 12. 11. 2019).

29 Chiffriertes Telegramm von Botschafter Róbert Ribánszki: Der stellvertretende Außenhandelsminister Tshen Tshie über die ungarisch-chinesischen Handelsbeziehungen. Peking, 19. Oktober 1976. MNL, OL XIX-J-1-j Kína 78-571 001590/3-1976.

30 Chiffriertes Telegramm von Géza Szénási, Botschafter in Sofia: Die bulgarisch-chinesischen Handelsbeziehungen und die tschechoslowakisch-chinesischen Beziehungen. Sofia, 1. Dezember 1976. MNL, OL XIX-J-1-j Kína 78-503 005885-1976.

Schritt zur Formalisierung der Koordinierung hielt man im Februar 1973 in Moskau eine Besprechung der stellvertretenden Außenminister Bulgariens, Ungarns, der DDR, der Mongolei, Polens, der Sowjetunion und der Tschechoslowakei ab. Rumänien wurde nicht eingeladen. Die sowjetische Seite erklärte, dass das Treffen notwendig sei, weil der Außenhandel sämtlicher sozialistischer Länder mit China seit 1969 kontinuierlich gewachsen sei und die Probleme im Wesentlichen weiterbestünden: Unter anderem wurden das Fehlen langfristiger zwischenstaatlicher Handelsvereinbarungen, die unnötige Breite des Warenangebots, die eingeschränkten Marktaktivitäten in China und die Frage der Preise angeführt. Die Teilnehmer einigten sich auf den Austausch von Informationen und eine Abstimmung auf drei Ebenen. Die Außenministerien, die Handelsniederlassungen sowie die Handelskammern und die für die Organisation von Ausstellungen zuständigen Stellen stimmten sich zu den Bereichen Wirtschaft, Außenhandelspolitik und Außenhandelstätigkeit des RGW, bilaterale Verträge (einschließlich Zusammensetzung der Aus- und Einfuhren), Ausstellungen, Messen und Warenpräsentationen untereinander ab. Außerdem beschloss man, im Interesse einer kontinuierlichen Koordinierung jährliche Treffen auf der Ebene der Hauptabteilungsleiter in den Hauptstädten der Länder in (kyrillischer) alphabetischer Reihenfolge abzuhalten.³¹ Parallel dazu setzten die Sowjets selbstverständlich auch ihre frühere, auf bilateralen Kontakten aufbauende Praxis der Informationsbeschaffung fort.

Als erstes unmittelbares Ergebnis des Treffens stellte das ungarische Außenministerium einige Tage später fest, dass »die Bereitschaft der chinesischen Seite zum Ausbau der Beziehungen« seit 1969 »in einem Maße gewachsen ist, das über die von uns geplante ›Kontinuität‹ hinausgeht und aufgrund der demonstrativen chinesischen Initiativen Spannungen zwischen den auch von uns befürworteten Prinzipien der Entwicklung der Beziehungen und den Möglichkeiten der praktischen Umsetzung verursacht hat«. In dem entsprechenden Vermerk wird umgehend erläutert, dass »unter ›Möglichkeit‹ selbstverständlich das zwischen der Sowjetunion und den verbündeten sozialistischen Ländern in dem betreffenden Bereich erreichte Niveau des Beziehungsaufbaus zu verstehen ist, das auch für uns eine Grenze darstellt«.³²

Im Oktober 1974 fand das Treffen der Außenhandelsministerien der befreundeten sozialistischen Länder in Budapest statt. Die Bereitschaft der Teilnehmer, sich untereinander abzustimmen, wird daran deutlich, dass die ursprünglich für die Ebene der stellvertretenden Minister vorgesehene Unterredung zwischenzeitlich zu einem Meinungsaustausch auf der Ebene der Hauptabteilungsleiter herabgestuft worden war. Wichtigstes Thema war das Vorgehen zur Lösung der Preisprobleme – damit hatten alle Teilnehmer gleichermaßen zu kämpfen. Man hatte erkannt, dass die chinesische Seite eine erst nachträglich erfolgende Abstimmung bei den Preisen geschickt ausnutzte, um sich bei identi-

31 Meldung des stellvertretenden Außenhandelsministers Jenő Tordai über die Sitzung der stellvertretenden Minister zum Thema China im sowjetischen Außenhandelsministerium. Budapest, 15. März 1973. MNL, OL XIX-J-1-j Kína 78-50 001837/1-1973.

32 Außenministerium, Territorialabteilung IV, Referat China: Die Beziehungen zwischen der Ungarischen Volksrepublik und der Volksrepublik China. Budapest, 15. März 1973. MNL, OL XIX-J-1-j Kína-14-002777-1973.

schen Waren auf den für sie günstigsten Preis zu berufen. Ziel war, sich zumindest auf Preisuntergrenzen zu einigen, die von den Delegationen sämtlicher Länder in den konkreten Verhandlungen nicht unterschritten würden. Als obligatorisches Thema wurden außerdem die Handelsbeziehungen Chinas mit Entwicklungsländern und »die Erfahrungen mit dem chinesischen Verhalten, das auf die Spaltung des Blocks der sozialistischen Länder abzielt«, diskutiert. Einer Aufzeichnung des China-Referats des ungarischen Außenministeriums zufolge »waren all dies interessante Themen, jedoch gab es aufgrund des niedrigen Niveaus der Abstimmungssitzung kaum inhaltsreiche Stellungnahmen«.³³

Im Todesjahr Mao Zedongs 1976 bezeichnete die ungarische Regierung den neuen Abschnitt der bilateralen Zusammenarbeit in den 1970er-Jahren als »Periode des Abwartens«.³⁴ Es kam jedoch zu keiner qualitativen Veränderung, die das langsame Wachstum in den 1970er-Jahren beendet hätte. Am Ende des Jahrzehnts hatte sich der Anteil der RGW-Länder am Außenhandel mit China mehr oder weniger verstetigt. Die chinesische Führung regelte Volumen und Zusammensetzung der Aus- und Einfuhren genau. Es hatte Symbolwert, wenn sie im Falle eines einzelnen Partners entschied, vom sonst üblichen Vorgehen mit den übrigen sozialistischen Ländern abzuweichen oder die Zusammensetzung der Warenpalette deutlich zu ändern. Der Fall Rumänien beweist, dass bereits der politische Sonderweg der Bukarester Führung ausreichte, um dem Land eine Sonderbehandlung zuteilwerden zu lassen. 1976 überschritt das Handelsvolumen mit Rumänien (Ausfuhren in Höhe von 496,3 Mio. CHF und Einfuhren in Höhe von 495,2 Mio. CHF) den Gesamtwert des Handels mit der Sowjetunion (477,4 Mio. CHF bzw. 432,2 Mio. CHF). Unter den fünf Bruderländern stand die DDR an erster Stelle (260,7 Mio. CHF bzw. 239,7 Mio. CHF), gefolgt von der Tschechoslowakei (185,9 Mio. CHF bzw. 163,5 Mio. CHF), Polen (175,2 Mio. CHF bzw. 114 Mio. CHF), Ungarn (85,6 Mio. CHF bzw. 73,8 Mio. CHF) und Bulgarien (49,5 Mio. CHF bzw. 42 Mio. CHF). Daran änderte sich auch 1977 wenig – allerdings wurde Ungarn in diesem Jahr sogar von Kuba überflügelt. Das vertraglich vereinbarte Handelsvolumen konnte Ungarn in nahezu keinem Jahr erbringen, weder beim Export noch beim Import.³⁵

Die schlechten Zahlen Ende der 1970er-Jahre waren darin begründet, dass Ungarn seine Warenstruktur nicht an den geänderten Bedarf auf dem chinesischen Markt anpassen konnte. Da die Chinesen bestrebt waren, ihre eigenen schwerindustriellen Kapazitäten besser auszunutzen und die Einfuhren durch einheimische Produktion zu ersetzen, hätte Ungarn das Niveau des Warenaustauschs vielleicht aufrechterhalten können, wenn

33 Außenministerium, Territorialabteilung IV, Referat China, Vermerk von Lajos Hajdú: Einige Fragen aus dem Bereich der ungarisch-chinesischen Handelsbeziehungen. Budapest, 8. Oktober 1974. MNL, OL XIX-J-1-j Kína 78-571 001994/1-1974.

34 Überblick über die ungarisch-chinesische wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit. Redaktion: Dr. András Csorba, Sekretariat für internationale Wirtschaftsbeziehungen. Budapest, September 1976. MNL, OL XIX-J-1-j Kína 78-5 005118-1976.

35 Bericht von Botschafter Róbert Ribánszki: Die wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen der VR China und den sozialistischen Ländern. Peking, 16. Juni 1978. MNL, OL XIX-J-1-j Kína 78-5 004105-1978.

man neue Konsumgüter aus der Leichtindustrie, Rohstoffe und Lebensmittel und vor allem Landmaschinen sowie Maschinen und Anlagen für die Lebensmittelproduktion, beispielsweise für Schweinezuchtanlagen, geliefert hätte. Allerdings hatte sich Ungarn innerhalb des RGW mittlerweile auf die Herstellung von Autobussen spezialisiert und wollte Busse und Lastkraftwagenchassis verkaufen. Darauf ließen sich die Chinesen jedoch unter Verweis auf die hohen Preise und die Lieferschwierigkeiten nicht ein.³⁶ Die etwas selbstgerechte Schlussfolgerung der ungarischen Wirtschaftspolitiker lautete dessen ungeachtet, dass, auch wenn der Rückgang des Handels an sich wohl teilweise auf wirtschaftliche Gründe zurückzuführen sei, dessen Tempo und Ausmaß »auf jeden Fall auf politische Erwägungen hinweisen«.³⁷

Ende der 1970er-Jahre war Peking zum wichtigsten Ort für die wirtschaftspolitische Abstimmung unter den sozialistischen Bruderländern avanciert. Der »Klub der Botschafter« traf sich alle zwei Wochen in wechselnden Landesvertretungen, während die Referenten für Wirtschaftspolitik im »wirtschaftspolitischen Klub« zusammenkamen und sich über die Handelsbeziehungen zwischen ihren Ländern und China austauschten. Bei den Zusammenkünften wurden neben der Besprechung der aktuellen Entwicklungen von einer Botschaft (meist der sowjetischen) erstellte analytische Studien diskutiert und meist im Anschluss »ohne wesentliche Änderungen« auch akzeptiert.³⁸

Bestrebungen, die Taktik bei den Preisverhandlungen abzustimmen, führten nicht weit. Wann immer es der chinesischen Seite gelang, mit einem Land bessere Geschäftsbedingungen zu verhandeln als mit einem anderen, berief sie sich systematisch auf diese, um ihre Position zu stärken. Deshalb drängten die Botschafter der Bruderländer erneut auf eine zentrale Koordinierung. Beim Zusammentreffen des »Klubs der Botschafter« im Juni 1978 stellte man fest, dass »jeder zeitweilige einseitige Vorteil, den Bruderländer in einzelnen Fällen in Zusammenhang mit der chinesischen Politik erzielen können, indem sie ihre eigene bessere Position ausnutzen, für die anderen Partner durchaus unvorteilhaft sein kann. Im Extremfall kann es passieren, dass die chinesische Seite ihnen ihre Handelskonditionen aufzwingt.«³⁹ Es überrascht deshalb nicht, dass die Sowjetunion vorschlug, die Probleme durch eine noch engere Abstimmung zu lösen. Die prinzipiellen Fragen der Koordinierung waren zwar bereits bei den Interkit-Beratungen zu Wirtschaftsfragen in Polen im Oktober 1977 diskutiert worden, die praktische Umsetzung ließ jedoch noch auf sich warten. Die Botschafter einigten sich deshalb darauf, anstelle des bisherigen gelegentlichen mündlichen und schriftlichen Informationsaustauschs ein-

36 Vermerk von Botschafter Róbert Ribánszki: Ungarisch-chinesische Handelskontakte. Peking, 9. Juni 1977. MNL, OL XIX-J-1-j Kína 78-5 003801-1977.

37 Jahresbericht 1980 der Außenhandelsdelegation. Peking, 2. April 1981. MNL, OL XIX-J-1-j Kína 78-576 003775-1981.

38 Siehe z. B. Bericht von Botschafter Róbert Ribánszki: Vorlage des Klubmaterials. (Das Fehlschlagen der auf die eigenen Kräfte gestützten Politik. Die Probleme bei der Umsetzung des Programms der »vier Modernisierungen«.) Peking, 13. Januar 1979. MNL, OL XIX-J-1-j Kína 78-5 00519-1979.

39 Bericht von Botschafter Róbert Ribánszki: Die wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen der UVR [Ungarischen Volksrepublik] und den sozialistischen Ländern. Peking, 16. Juni 1978. MNL, OL XIX-J-1-j Kína 78-5 004105-1978.

ander nunmehr innerhalb vorab festgelegter Fristen mittels einheitlicher Formulare über Vertragsabschlüsse, die Zusammensetzung der Lieferungen, Geschäfte in frei konvertierbarer Währung und über die Lieferrückstände der vergangenen Jahre zu unterrichten.

Eines der Hauptthemen bei der Interkit-Beratung zu Wirtschaftsfragen am 25. und 26. Oktober 1978 in Prag war der chinesische Vorschlag, bei den nicht handelsbezogenen Zahlungen vom bisherigen Rubel-Clearing zur Abrechnung in konvertierbaren Währungen überzugehen. Die stellvertretenden Außenhandelsminister beschlossen aber, dass es bei dem mehr oder weniger dauerhaften Handelsdefizit im Interesse aller RGW-Länder sei, die Clearing-Abrechnung nicht zu ersetzen. Sie schlugen ihren Ländern vor, bei den bilateralen Verhandlungen die Beibehaltung des bis dahin angewendeten Systems anzustreben. Weiter einigte man sich darauf, einander regelmäßig über die Ergebnisse der Treffen zu informieren.⁴⁰ Die koordinierte Politik führte jedoch zu nichts, denn China kündigte die bestehende Vereinbarung einseitig auf, sodass die nicht handelsbezogenen Zahlungen von 1979 an in konvertierbarer Währung erfolgten.

IV. Die beschleunigte Öffnung Chinas und die abnehmende sowjetische Kontrolle: 1979–1989

Die Verkündung der chinesischen Reform- und Öffnungspolitik stellte die sozialistischen Länder vor neue Herausforderungen. Nachdem China 1980 dem Internationalen Währungsfonds und der Weltbank beigetreten war, schlug es bei den Handelsverhandlungen im Jahre 1981 allen sozialistischen Ländern mit Ausnahme Kubas vor, das Clearing auch im bilateralen Handel durch die Abrechnung in konvertierbarer Währung zu ersetzen. Die eng abgestimmt vorgehenden sozialistischen Länder lehnten dies einheitlich ab. Man erkannte zwar an, dass China mit der Abschaffung des Clearings die Forderung des Internationalen Währungsfonds erfüllen würde, war jedoch der Ansicht, dass damit der stabile und bewährte Warenaustausch, durch den der Handel mit China bis dahin gekennzeichnet war, zusammenbräche, was gleichzeitig eine Schwächung der zwischenstaatlichen Beziehungen zur Folge hätte. Eines der Hauptargumente, das die unter chronischem Mangel an harter Währung leidenden sozialistischen Länder gegen die Umstellung vorbrachten, bestand darin, dass sie nicht zu Nettoimporteuren Chinas und damit zu einer Quelle konvertierbarer Währung für das Land werden wollten.⁴¹ Darauf beriefen sich auch die Chinesen, nur vom entgegengesetzten Standpunkt aus. In einer in der zweiten Jahreshälfte 1981 für den internen Gebrauch erstellten volkswirtschaftlichen Publikation, in der der Clearing-Handel zwischen den RGW-Ländern und China analysiert und bemängelt wurde, heißt es, dass das Clearing für China von Nachteil sei, da es

40 Aufzeichnung der Hauptabteilung III des Finanzministeriums für Genossen Lajos Faluvégi: Besuch des Sekretärs der Botschaft der VR China. Budapest, 13. November 1978. MNL, OL XIX-J-1-j Kína 78-5 005221/6-1978.

41 Vorlage zum Bericht von Botschafter Róbert Ribánszki: »Lage und weitere Perspektiven des Handels zwischen den sozialistischen Bruderländern und China im Jahre 1981«. Peking, 16. Juni 1982. MNL, OL XIX-J-1-j Kína 78-57 004383-1982.

mit den meisten Ländern einen Handelsüberschuss erziele und so die Rolle des Kreditgebers für die sozialistischen Länder übernehme.⁴²

Die Auswirkungen der Öffnung Chinas gegenüber den kapitalistischen Ländern wurden für die sozialistischen Länder erstmals 1981 spürbar, als der Handel im Vergleich zum Vorjahr um nahezu 30 Prozent zurückging. Das bedeutete gleichzeitig, dass der Anteil der sozialistischen Länder am Außenhandel der VR China von 4,4 Prozent weiter auf 2,3 Prozent zugunsten der kapitalistischen Länder sank. Bei den Verhandlungen von 1981 hatten die Chinesen an den Maschinen und Ersatzteilen, die sie früher in den sozialistischen Ländern gekauft hatten, nur sehr begrenztes Interesse, die Nachfrage beschränkte sich hauptsächlich auf Rohstoffe sowie Maschinen und Anlagen für die Leicht- und die Textilindustrie. Im Gegenzug boten die Chinesen zahlreiche Waren, die die sozialistischen Länder traditionell aus China eingeführt hatten, nicht mehr an. Zwar gelang es den fünf sozialistischen Ländern im Ergebnis der »langen und angespannten« Verhandlungen, eine Umsatzsteigerung von 37,7 Prozent für 1982 zu erzielen, jedoch nur aufgrund einer radikalen Umgestaltung der Warenpalette.⁴³ 1985 beschränkte China die Einfuhr von Fahrzeugen, was für alle sozialistischen Länder von Nachteil war. Mit Ausnahme von Ungarn schafften sie es jedoch, den Ausfall durch andere Erzeugnisse zu ersetzen. Auch wenn man seit den 1970er-Jahren über die Lieferung von Kühlanlagen für Kraftwerke verhandelte, sollten sich die diesbezüglichen ungarischen Hoffnungen bis zum Ende der 1980er-Jahre nicht erfüllen. Die chinesische Seite hätte nur die ungarischen Anlagen für Landwirtschaft und Lebensmittelindustrie in gewünschter Menge akzeptiert, die neu entstandene chinesische Nachfrage nach Futtermischanlagen sowie Schweine- und Geflügelschlachthanlagen konnte Ungarn aufgrund fehlender Herstellungskapazitäten aber nicht befriedigen.

In der Phase der Reform- und Öffnungspolitik zeigten die chinesischen Reformökonom und führenden Politiker großes Interesse an der ungarischen Reform des Systems zur Wirtschaftslenkung und an den Erfahrungen, die das Land damit gemacht hatte. Sie verfolgten die Entwicklung der Organisationsformen in der Landwirtschaft mit großer Aufmerksamkeit, insbesondere was die Systeme für eine industrielle landwirtschaftliche Produktion, die agrarindustriellen Zusammenschlüsse und die Staatsgüter anging – dies hatte jedoch keine Auswirkungen auf die bilateralen Wirtschaftsbeziehungen.⁴⁴ Nach 1985 spielten bei der Gestaltung des bilateralen Handels zunehmend nur noch Marktg Gesichtspunkte und die Gegebenheiten und Möglichkeiten der beiden Volkswirtschaften eine Rolle. Von Mitte der 1980er-Jahre an fühlte sich Michail Gorbatschow nicht mehr stark

42 Bericht von Botschafter Róbert Ribánszki (Vortragende: Dr. Zsuzsa Mészáros und Dr. Sándor Mészáros): Artikel in der chinesischen Presse in der zweiten Hälfte des Jahres 1981. Peking, 21. Januar 1982. MNL, OL XIX-J-1-j Kína 78-81 001242-1982.

43 Vorlage zum Bericht von Botschafter Róbert Ribánszki: »Lage und weitere Perspektiven des Handels zwischen den sozialistischen Bruderländern und China im Jahre 1981«. Peking, 16. Juni 1982. MNL, OL XIX-J-1-j Kína 78-57 004383-1982.

44 Bericht von Botschafter Róbert Ribánszki (erstellt von Dr. Zsuzsa Mészáros): Ein kurzer Überblick über die chinesischen Publikationen zur ungarischen Landwirtschaft. Peking, 22. März 1980. MNL, OL XIX-J-1-j Kína 78-55 002712-1980.

genug, neben der Lösung der nationalen Probleme der Sowjetunion auch noch die osteuropäischen Teile seines Reichs unter direkter Kontrolle zu halten. Im Sommer 1985, wenige Tage, nachdem Gorbačëv an die Macht gekommen war, sagte Tian Zengbei, Leiter der Abteilung Sowjetunion und Osteuropa des chinesischen Außenministeriums, dem ungarischen Interimsgeschäftsträger, dass die in China vor sich gehenden und auch in der Sowjetunion und Osteuropa beginnenden Reformprozesse »die Beschleunigung des Aufbaus der Beziehungen zwischen China und den sozialistischen Ländern Osteuropas und deren Vertiefung fördern«. ⁴⁵ Den Erfolg der chinesischen Reformbestrebungen hielt auch die ungarische Regierung für außerordentlich wichtig, nicht zuletzt im Hinblick auf die Ausweitung der bilateralen Wirtschaftskooperation. Der Auswertung des Außenministeriums vom August 1985 zufolge »sind wir am Erfolg der chinesischen Reformen interessiert, weil unsere wirtschaftliche Zusammenarbeit, deren Umfang nicht mehr zu vernachlässigen ist, und vor allem die mit ihr verknüpften Zukunftsaussichten eng mit der stabilen Entwicklung der chinesischen Wirtschaft und dem Erfolg der Wirtschaftsreformen zusammenhängen.« ⁴⁶

Die Kontakte zwischen den stärkeren osteuropäischen Volkswirtschaften und China begannen in der Tat, einen raschen Aufschwung zu nehmen. Das Handelsvolumen mit der Tschechoslowakei stieg von 330 Mio. CHF im Jahre 1981 auf über 1 Mrd. CHF im Jahre 1985. Im selben Jahr erreichte der Handel mit der DDR einen Umfang von 622 Mio. CHF, was im Vergleich zu 1984 eine Zunahme um 54 Prozent darstellte. Dabei überstieg der Wert der Ausfuhren aus der DDR den der chinesischen Lieferungen um 20 Mio. CHF. 80 Prozent der Ausfuhren der DDR waren Erzeugnisse des Maschinenbaus (Lastkraftwagen, Werkzeugmaschinen, Druckmaschinen, Mähdrescher, medizinische und sonstige wissenschaftliche Instrumente, Maschinen für die Lebensmittelproduktion) und 20 Prozent chemische Substanzen, Rohstoffe und Halbprodukte. Textilien und Konfektionserzeugnisse machten bis zu 50 Prozent der chinesischen Ausfuhren aus; daneben wurden auch Agrarprodukte, Mineralien und Chemieerzeugnisse in die DDR geliefert. Damit unterschied sich die Warenpalette nicht wesentlich von jener der 1950er-Jahre. ⁴⁷

Der Wandel war vor allem an dem unnachgiebigen Auftreten der Chinesen bei den Preisverhandlungen spürbar. ⁴⁸ Wieder wurden die negativen Auswirkungen der fehlenden Koordinierung unter den Bruderländern deutlich. Als die Tschechoslowaken bei der

45 Chiffriertes Telegramm des Geschäftsträgers ad interim Sándor Jolsvai: Die chinesische Auffassung bezüglich der Wirtschaftsreformen in Osteuropa. Peking, 23. August 1985. MNL, OL XIX-J-1-j Kína 78-50 004238-1985.

46 Zusammenfassung der Territorialabteilung IV des Außenministeriums: Die wirtschaftlichen Reformbestrebungen in China und deren Beurteilung aus ungarischer Sicht. Budapest, August 1985. MNL, OL XIX-J-1-j Kína 78-50 001618/2-1985.

47 Bericht des Botschafters in Berlin István Roska (erstellt von Miklós Vágó): Unterzeichnung des Protokolls über Warenumsatz und Zahlungen für den Warenaustausch zwischen der DDR und China im Jahre 1986. Berlin, 14. Januar 1986. MNL, OL XIX-J-1-j Kína 78-571 00413-1986.

48 Bericht des Botschafters in Prag Béla Kovács (Referent: András Závogyán): Besuch von Lü Dong, Vorsitzender der chinesischen staatlichen Wirtschaftskommission, in der Tschechoslowakei. Prag, 25. Juni 1986. MNL, OL XIX-J-1-j Kína 78-51 003726-1986.

Sitzung der Kommission für wirtschaftlich-technische Zusammenarbeit in Peking im Jahre 1986 feststellten, dass die Chinesen nur für den Bereich Energieerzeugung an einer langfristigen Vereinbarung interessiert waren, erklärten sie sich bereit, zur Praxis der 1950er-Jahre zurückzukehren, den Chinesen die wissenschaftlich-technischen Dokumentationen kostenfrei, d.h. lediglich zum Kopierpreis zu übergeben – und händigten China so kostenlos und lizenzkostenfrei die Produktionstechnologie der Tatra-Lastkraftwagen aus.⁴⁹ Unter Berufung auf diese Vereinbarung mit den Tschechoslowaken forderten die chinesischen Unterhändler bei der 3. Sitzung der chinesisch-ostdeutschen Kommission für Zusammenarbeit in den Bereichen Wirtschaft, Handel, Wissenschaft und Technik im Mai 1987 in Peking von der DDR ebenfalls niedrige Preise und die kostenlose Übergabe technologischen Know-hows. Dazu waren die Deutschen jedoch nicht bereit.⁵⁰

Die Pekinger Führung begrüßte jede Initiative, die darauf abzielte, die Grenzen des traditionellen Handels zwischen China und den sozialistischen Ländern zu überschreiten. Sie bot allen Ländern an, sich am Wiederaufbau der in den 1950er-Jahren mit sozialistischer Unterstützung errichteten Fabriken zu beteiligen. So schloss man 1986 auch mit der Tschechoslowakei und der DDR Vereinbarungen über die Modernisierung der ursprünglich in Zusammenarbeit erbauten Werke und Betriebe. Die tschechoslowakischen Betriebe beteiligten sich an der Modernisierung von Chemiebetrieben, Salpetersäurewerken, Gaswerken, Schuhfabriken und Anlagen zur Schweinelederverarbeitung.⁵¹ Mit der DDR wurde über eine Werkzeug- und eine Schleifscheibenfabrik verhandelt.⁵² Außerdem einigte man sich auf die Beschäftigung und Ausbildung von chinesischen Arbeitern in der DDR.⁵³ Da die Chinesen wussten, dass die sozialistischen Länder über wenig Kapital verfügten, sahen sie in erster Linie den Transfer von Technologie und Know-how als mögliche Form der Beteiligung, unterstützten aber auch die Gründung von gemeinsamen Unternehmen. Als notwendige Voraussetzung dafür forderte der ungarische Botschafter vor allem die Schaffung eines rechtlichen Rahmens. Dieser sollte unter anderem eine Garantie für die Rückübertragung des eingebrachten Kapitals und der Gewinne, den Ausschluss einer Doppelbesteuerung, den Abschluss von Rechtshilfe-

49 Chiffriertes Telegramm von Botschafter László Iván: Informationen der tschechoslowakischen Seite über die 2. Sitzung der tschechoslowakisch-chinesischen Kommission für Zusammenarbeit in den Bereichen Wirtschaft, Handel, Wissenschaft und Technik. 21. November 1986. MNL, OL XIX-J-1-j-Csehszlovákia-29-54-003915/1-1986.

50 Bericht des Botschafters in Berlin István Roska: Die 3. Sitzung der chinesisch-ostdeutschen Kommission für Zusammenarbeit in den Bereichen Wirtschaft, Handel, Wissenschaft und Technik. Berlin, 19. Mai 1987. MNL, OL XIX-J-1-j NDK 108-54-002977-1987.

51 Bericht des Botschafters in Prag Béla Kovács (Referent: András Závogyán): Besuch von Lü Dong, Vorsitzender der chinesischen staatlichen Wirtschaftskommission, in der Tschechoslowakei. Prag, 25. Juni 1986. MNL, OL XIX-J-1-j Kína 78-51 003726-1986.

52 Bericht des Botschafters in Berlin István Roska (erstellt von Miklós Vágó): Unterzeichnung des Protokolls über Warenumschlag und Zahlungen für den Warenaustausch zwischen der DDR und China im Jahre 1986. Berlin, 14. Januar 1986. MNL, OL XIX-J-1-j Kína 78-571 00413-1986.

53 Bericht von István Roska: Regierungsvereinbarung über die Beschäftigung chinesischer Arbeiter in der DDR. Berlin, 30. April 1986. MNL, OL XIX-J-1-j Kína 78-601 00286/2-1986.

abkommen und die Gesundheitsversorgung der in China arbeitenden ungarischen Fachleute regeln.⁵⁴

Die rasche Entwicklung der ungarisch-chinesischen Handelsbeziehungen wurde jedoch durch mehrere Faktoren behindert. Zu ihnen gehörte, dass die ungarische Botschaft in Ungarn von 1983 bis Herbst 1986 über keine Mitarbeiterstelle für Wirtschaftspolitik verfügte und noch dazu nicht ein einziger der fünf Mitarbeiter der Handelsdelegation Volkswirtschaftler war: Der Botschaftsrat hatte an einer chinesischen Hochschule für Außenhandel studiert, sein Stellvertreter verfügte über juristisches und die anderen drei Mitarbeiter über ein technisches Diplom.⁵⁵ Die Beteiligung am Wiederaufbau von Betrieben stand in jedem Jahr auf der Tagesordnung, fand sich jedoch »wegen des dilatorischen Verhaltens der chinesischen Seite« auch 1988 noch auf der Liste der zu verwirklichenden Ziele.⁵⁶ Infolgedessen blieb die Leistungserbringung der Betriebe, die auf privatrechtlichen Vereinbarungen beruhte, bis zum Herbst 1988 durchgängig hinter den Vorgaben der Protokolle über den Warenaustausch zurück, was dazu führte, dass das ungarische Außenhandelsdefizit weiter wuchs. Als die chinesische Seite 1988 den Vorschlag machte, zur Abrechnung in frei konvertierbaren Währungen überzugehen, sperrten sich die Ungarn dennoch nicht dagegen, waren sie doch der Ansicht, dass die Abrechnung über das Clearing-System, das eine Wirtschaftsführung nach Planvorgaben erforderte, einem weiteren Ausbau der zwischenzeitlich immer schneller gewachsenen Unabhängigkeit der Unternehmen nicht förderlich sei. Die Abrechnung in frei konvertierbaren Währungen hingegen würde – angesichts des Devisenmangels – »mit Sicherheit den Tauschhandel zwischen den Unternehmen fördern, was zur Herausbildung anderer Formen der wirtschaftlichen Zusammenarbeit führen kann«.⁵⁷ Die Chinesen unterbreiteten denselben Vorschlag auch den anderen sozialistischen Ländern, jedoch waren sowohl die Polen als auch die Ostdeutschen der Ansicht, dass der Wegfall der staatlichen Subventionen zu einem Rückgang des Handels führen würde.⁵⁸ Tatsächlich kam es auch zu einem solchen Handelsrückgang zwischen Ungarn und China, jedoch wurde der Zusammenbruch des bilateralen Handels nicht dadurch, sondern durch den Systemwechsel in Ungarn, den vollständigen Wandel in der wirtschaftlichen Ausrich-

54 In dieser Hinsicht hielt er es für besonders nützlich, die Erfahrungen und die Funktionsweise des zu Beginn der 1950er-Jahre gegründeten gemeinsamen polnisch-chinesischen Schifffahrtsunternehmens »Chipolbrok« zu studieren, das den Sturm der Kulturrevolution überstanden hatte und auch heute noch existiert. Siehe dazu Bericht von Botschafter László Iván (Referent: Imre Bozsó): Sonderwirtschaftszonen in China. Peking, 18. November 1985. MNL, OL XIX-J-1-j Kína 78-50 005497-1985.

55 Chiffriertes Telegramm des Botschafters in Peking László Iván: In China tätige ungarische Wirtschaftsfachleute. Peking, 20. Februar 1985. MNL, OL XIX-J-1-j Kína 78-51 001449-1985; Bericht über die Wirtschaftspolitik im Jahresbericht von Botschafter László Iván. Peking, 11. Mai 1987. MNL, OL XIX-J-1-j Kína 78-142 002903-1987.

56 Bericht von Botschafter Iván Németh (Referent: József Bocskai): Die ungarisch-chinesischen Wirtschaftsbeziehungen Ende September des laufenden Jahres. Peking, 2. Oktober 1988. MNL, OL XIX-J-1-j Kína 78-50 00325/5-1988.

57 Ebd.

58 Chiffriertes Telegramm von Botschafter Iván Németh: Chinesische Meldungen über die Möglichkeit, das Clearing in Schweizer Franken mit den sozialistischen Ländern zu beenden. Peking, 13. Juli 1988. MNL, OL XIX-J-1-j Kína 78-52 003322-1988.

tung und die Unterbrechung des Reformprozesses in China verursacht. Nahezu andert-halb Jahrzehnte war China nach 1989 für die ungarische politische und wirtschaftliche Elite uninteressant.

Das Handelsvolumen zwischen Ungarn und China zwischen 1971 und 1988

(in Mio. CHF)⁵⁹

Jahr	Ungarische Ausfuhren	Ungarische Einfuhren	Summe (Veränderung im Vergleich zum vorhergehenden Jahr)
1971	62 (=12,9 Mio. Rubel)	62 (= 12,9 Mio. Rubel)	124 (= 25,8 Mio. Rubel) (+ 13 %)
1972	65,7	65,3	131 (+ 13 %)
1973	74	74	148 (+ 14 %)
1974	85	85	170 (+ 15 %)
1975	94	88	182 (+ 7,5 %)
1976	101	89	190 (+ 4,5 %)
1977	96	96	192
1978	114	110	224 (+ 17 %)
1979	140	130	270 (+ 20 %)
1980	130	125	255 (- 7 %)
1981	49 + 6,3 Mio. CHF in Tauschgeschäften +5,2 Mio. USD in frei konvertierbaren Devisen (G)	39 + 6,3 Mio. CHF in Tauschgeschäften +97 Tsd. USD in frei konvertierbaren Devisen (G)	88 (- 66 %)
1982	54	46	100 (+ 14 %)
1983			
1984			273
1985			577
1986			510
1987			429
1988	220	205	425 (Bestand an Forderungen)

Aus dem Ungarischen übersetzt von Wolfgang Rackebrandt

59 Auf der Grundlage von Dokumenten des ungarischen Außenministeriums zusammengestellt von Péter Vámos (siehe u. a. für die Jahre 1971 bis 1982: Außenministerium, Territorialabteilung IV: Die Lage des ungarisch-chinesischen Warenaustausches, Anhang 2. Budapest, 28. Oktober 1982. MNL, OL XIX-J-1-j-Kína-78-57-006148/1982).